

Donnerstag, den 26. November 1925.

Einzelnummer 10 Goldpfennige

36. Jahrgang. — Nr. 276

Goldwoch

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Kundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Durch die „Goldwoch“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist die Bezahlung der „Goldwoch“ Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die zweite Poststelle, Postamtshaus Kattwinkelstrasse 10, sowie durch alle Ausgabestellen zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten: wöchentlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Anzeigenpreis: 20 Pf. ausser für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf. Stellennachrichten 17 Pf. Anzeigen unter 20 Pf. Versammlungs- und Wohnungsanzeigen, Steueranzeige, Berichte, Versammlungen, und Wohnungsanzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 1 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurfürststraße 4,6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktägige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptredaktion Breslau 2

Fernsprach-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Neue Weltpolitische Kombinationen.

Der amerikanische Imperialismus bekommt Sympathien für Russland und Italien.

Im Reichsdienst der Deutschen Presse schreibt ein amerikanischer Publizist:

Zu den auffälligsten Erscheinungen der Weltpolitik nach Europa gehört ohne Zweifel das leigende Interesse der amerikanischen öffentlichen Meinung für Russland. Der amerikanische Dozent William A. Hassell hat von seiner Reise durch Sowjetrussland im „New York American“ optimistische Berichte veröffentlicht, die in großer Aufmachung wiedergegeben werden. Außerdem geben Hearst-Blätter einen Artikel Trofakis, der aus der Beobachtung in Ostasien bezug nimmt auf eine Interessengemeinschaft zwischen Amerika und Russland eintritt. Freilich beschränken sich diese auffälligen Ansprüche auf die öffentliche Meinung und man kann noch nicht von einer Handlung der offiziellen amerikanischen Politik gegenüber Russland sprechen. Erfahrungsgemäß aber ist eine Bewegung in der öffentlichen Meinung der Vorbote auch schwerer politischer Neuerungen und man erinnert sich in diesem Zusammenhange daran, daß schon vor einiger Zeit beauptet wurde, die Anerkennung Russlands durch Amerika sei nur noch die Frage von Monaten. In der Tat ist die russische und die amerikanische China-Politik nicht so himmelweit verschieden, daß etwa unversöhnliche Gegenseite bestünden. Amerika ist durchgezogen, daß China die Zukunft zurückfordert, und in der Grundsatzauflösung, in der Russen China zu einem jüngeren Staat verhelfen, sind die russischen und die amerikanischen Diplomaten einig. Beide Seiten sind in diesem Punkte in einem Gegensatz zu England, das in China regelechte Kolonialpolitik getrieben hat und wo dadurch den Habs der Chinesen zugute. Sowohl die Amerikaner, wie die Russen, die ersten aus geschäftlichen, die zweiten aus politischen Gründen, haben die englische Auffassung bekämpft. Die Amerikaner sind im Begriffe, einen großen Teil der Erbschaft des durch den Konsul zerstörten englischen China-Handels anzutreten; die Russen haben in Kanton und in der Gruppe um General Teng politische Gesinnungsgenossen, die ebenfalls englischfeindlich sind.

Es geht vielleicht zu weit, wenn man die jüngste Rede Pinckneys, der Russlands Völkerbundfeind, mit der Stellung der Vereinigten Staaten im Völkerbund vergleicht, als Symptom der geistlichen Verunsicherung auffaßt. Jedenfalls ist es geboten, die amerikanische Politik und öffentliche Meinung zu beachten, die sich nach Europa in ihren Sympathien den Russen und Italienern zuwandt hat. Die Zugeständnisse, die man bei der Schuldenregelung mit Italien gemacht hat, müssen einen politischen Sinn haben, weil sie so völlig von allen bisherigen amerikanischen Standpunkten in der Schuldenfrage abweichen. Gleichzeitig weisen amerikanische Blätter auf Italien hin, das viel weniger als andere europäische Staaten von Traditionen belastet sei. Sympathien Amerikas für Russland und Italien würden sich indirekt gegen England und Frankreich richten und vielleicht ist den führenden Männer in Neapel der englische Erfolg, als den sie Locarno auslegen, zu groß gewesen. Währnd man Frankreich in der Schuldenfrage bei weitem nicht so entgegenkommt, wie Italien, betrachten diejenen gesellschaftlich Sympathien, die in der heutigen Mittelmeer- und Orientfrage sich vergrößern könnten. Vielleicht ist auch der amerikanische Petroleumpolitik das Einvernehmen läufig, das sich jetzt zwischen England und Frankreich in Vorderasien anbahnt.

London, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Chamberlain erklärte am Mittwoch im Unterhause über die Beziehungen mit dem neuen französischen Oberminister in Paris, da Journeau, es sei ein Abkommen getroffen worden, das ein englisches-französisches Zusammensein in den Mandatsgebieten Syrien, Palästina, Transjordanien und dem Irak vorstelle. Eine englische militärische Aktion gegen die Druiden sei jedoch weiter verzögert angeboten worden.

Herriot mit der Rabinettusbildung beauftragt.
Der Kandidat der Rechten erzielte keine Mehrheit.

Paris, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Der mit der Rabinettusbildung beauftragte Senator Doumer hat am Mittwoch abend um 6 Uhr dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, daß es nicht in der Lage sei, eine tragfähige Regierung zu bilden. Er begründete das unter anderem damit, daß die Radikalparteien abgelehnt haben, sich seinem Zusammenspiel zu widersetzen.

Paris, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Präsident der Republik hat am Mittwoch abend den Kammerpräsidenten Herriot erzählt, die Rabinettusbildung zu übernehmen. Herriot ist am Montag angeworben.

Der sozialistische Parteivorsitz, der aus beratende Stimmen hat, kann das mit keiner Mehrheit gegen die Bezeichnung an einem Konsensabkommen aus, das nicht von der Partei selbst gegeben wurde. Die Freiheit der Arbeitgeber ist es zu sein über Parteidoktrinen. Die Ausgestaltung der Rabinettusbildung und nicht allzu groß, da Herriot in seinen Berichtsaufgaben ein gewisses Kompatibilität mit den Sozialisten vorstellt, um viele von einer für die Sozialdemokratie günstigen Spekulationen mit den in ihren Händen befindlichen Parteidoktrinen aufzuhalten.

Eine wichtige Aufgabe des kommenden Kreis- und Provinziallandtags.

Zu die nach der Wahl an diesem Sonntag beginnende Sitzungsperiode der kommunalen Selbstverwaltungskörper fällt der Kampf um die vom preußischen Minister des Innern, Genossen Seizing, angekündigte preußische Verwaltungsreform. Bei der Natur dieser Materie wird die Entscheidung über die seit vielen Jahren längst ausgereiste Frage von der Zusammensetzung der Provinzialland- und Kreistage im einzelnen sehr beeinflußt werden. Enthält sie doch u. a. die Forderung nach einer wesentlichen Verringerung der Zahl der jetzt etwa 250 preußischen Kreise, die Forderung nach einer Aufhebung der Regierungspräsidien und Regierungsbezirke usw., Fragen, die selbstverständlich von der Haltung der Nächstbeteiligten, also der betreffenden Selbstverwaltungskörper, nicht unbeeinflußt bleiben können.

Auf die großen dauernden Ausgaben von Kreistag und Provinziallandtag, die vor allem auf sozialem Gebiet liegen, haben wir in den letzten Wochen ja bereits immer wieder hingewiesen, ebenso auf den politischen Einfluß der Provinziallandtage durch ihre Ernenntrechte für Stadtsräte und Reichsräte. Die Verwaltungsreform wird gerade den diesmal gewählten Selbstverwaltungskörpern noch besondere politische Bedeutung geben. Nur noch drei Tage trennen uns vor dieser wichtigen Wahl. Es gilt also, jetzt noch eifrig die Schlüsselfiguren unter den Wählern zu wecken. Selbst die beste Zusammensetzung von Reichstag und Landtag wird nichts helfen, wenn der Unterbau der Verwaltung reaktionär bleibt! Gerade die sozialen Aufgaben des Provinziallandtags und der Kreistage lösen am besten starke sozialdemokratische Fraktionen!

Schon wieder Annäherung der Deutsch-nationalen an Luther-Stresemann.

Die großagrarische „Deutsche Tageszeitung“ bedauert heute bereits das Nichtzuversetzen der deutchnationalen Reichstagsfraktion gegen das Kappelabkommen und spricht sich gegen jede Verhängung der Gegenseite im bürgertlichen Lager aus. Da das Blatt die einflussreichsten Wirtschaftsschichten der Rechten vertritt, scheint sich die Verjährung nach der für die Anhänger im Lande berechneten ehemaligen Konfrontation gegen Locarno bereits wieder anzubauen.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Volkswirtschafts-Ausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit der immer schwieriger werdenden Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die verschiedenen Parteien hatten Anträge eingebracht, die durchweg die Erwerbslosenfürsorge befreiten. Nicht uninteressant ist, daß auch die Deutchnationalen mit einem Antrag vertreten waren, in dem sie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch vermehrte Aufträge durch die Reichsbahngesellschaft und Post vorstellten. Im Lande wird man daran denken, daß gerade die Deutchnationalen durch die Zollvorlage zu den gegenwärtigen Komplikationen auf dem Arbeitsmarkt entscheidend beigetragen haben.

Die Sozialdemokratie beantragte, wie gestern bereits gemeldet, größere Mittel für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und für alle zweckmäßigen Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung zu stellen. Außerdem forderte sie, daß alle Beamten im Reich, in den Ländern und Gemeinden auf diesem Gebiete unbedingt zusammenarbeiten. — Die Kommunisten verlangten, daß in Zukunft keine Genehmigung zu Betriebsstilllegungen mehr erteilt wird, während sich die Demokraten dafür einsetzen, daß solche Betriebe, die über genügend Aufträge verfügen, über ein Kapitalangel gelten, durch Kredit aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden.

Der Vertreter des Zentrums machte darauf aufmerksam, daß die zunehmende Arbeitslosigkeit schließlich auf den allzu hohen Zinsfuß zurückzuführen sei. Genosse Simon-Schwabe, der Vorsitzende des Ausschusses, erklärte dazu, daß in einer der nächsten Sitzungen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses Vertreter des Reichsbahns und des Reichswirtschaftsministeriums erscheinen würden, um das Problem der Herausbildung des allgemeinen Zinses, die er für durchaus notwendig und erforderlich bezeichnete, zu besprechen.

Die sozialistischen Zeitungen „Gustavus“, „Avanti“ und die kommunistische „Unita“ die von Grünberg nach dem Attentat auf Mussolini hatten einschlagen müssen, dürfen wieder erscheinen. Die „Sparta“ aus dem Jahr jedoch den Konservativen „Offizielle Organ der sozialdemokratischen Partei“ entfernen, da diese Partei aufgelöst ist.

Keine große Koalition in Preußen.

Von Dr. Ernst Hamburger, M. d. L.

Die folgenden Ausführungen unseres schlesischen Abgeordneten ergänzen unsere gestrigen Ausführungen gegen die große Koalition auch im Reiche.

Die Aenderung der politischen Verhältnisse im Reich hat für gelegentliche Diskussion die Frage der Regierungsumbildung in Preußen juß in demselben Augenblick geführt, in dem eine bemerkenswerte Festigung der preußischen Regierung nach dreivierteljährigem Ringen um Behauptung, Handlung und Bewegungsfreiheit vor sich gegangen ist. Aus dem Lager der eine Flügeldeckung sowohl nach links wie nach rechts erreichenden Mittelparteien, vernimmt man hier und da den Ruf nach der Wiederherstellung der großen Koalition auch in Preußen. Eine Prüfung der politischen Lage unter diesem Gesichtspunkte ist daher am Platze, um politische Irrwege von vornherein zu vermeiden.

Nachdem die Sozialdemokratie im Preußischen Landtag drei Jahre lang zusammen mit der Deutschen Volkspartei in einer Koalition gelebt und gemeinsam mit ihr für die Regierungsgeschäfte verantwortlich gezeichnet hat, wird man die politische Möglichkeit und gelegentliche Zweckmäßigkeit eines solchen Bündnisses nicht von vornherein bestreiten können. Die Tätigkeit der Koalitionsregierung in Preußen unter der Leitung des Ministerspräsidenten Genossen Braun in den Jahren 1921—24 ist noch in allgemeiner guter Erinnerung. Die Bilanz, die wir im Anfang dieses Jahres bei den Reichspräsidentenwahlen und bei den Landtagsdebatten um die Regierungsbildung in Preußen gezogen haben, hat sich in unserem Urteil nicht verändert; verglichen mit dem Verhalten mancher gleichzeitig amtierenden Regierungen, insbesondere mit der Inflationsregierung Cuno und gar mit der bayrischen und anderen offenen reaktionären Landesregierungen können wir nach wie vor mit Stolz feststellen, daß für die Erhaltung des Reichs, für die Festigung der Republik und für die Lage der arbeitenden Bevölkerung die Regierung Braun in den schwersten Jahren der Nachkriegszeit Gewissiges geleistet hat. Die staatsmännische Fähigung und Schulung unserer Genossen in der Regierung hat auch unter den schwierigen Zeiten und Parteiverhältnissen eine energische Vertretung unserer politischen Interessen in Preußen geschützt. Etwas durchaus anderes jedoch als die Aufrechterhaltung wäre die Wiederherstellung der großen Koalition, nachdem nach der Landtagsneuwahl einer der Partner sie gefürchtigt und ein Jahr lang in der Opposition zu verweilen vorgezogen hat.

Der Austritt der Deutschen Volkspartei aus der großen Koalition soll ihre im Vergleich zu ihrer Position im vorigen Landtag gestiegene Macht demonstrieren. Im vergangenen Landtag hätte die Regierung auch nach dem Ausscheiden der Volkspartei aus der Koalition eine, wenn auch kleine Mehrheit hinter sich gehabt. Die Deutsche Volkspartei wollte nun der Offenlichkeit zeigen, daß die Regierung im neuen Landtag ohne ihre Mitwirkung in eine Unberührbarkeit müßte und daher nicht mehr lebensfähig sei. Sie wollte diese Erkenntnis der Offenlichkeit und den regierenden Parteien durch ihre Tafik so lange einprägen, bis die zur Regierungsbildung auch mit der Rechten unentbehrliche Zentrumspartei genügend gerüstet und bereit war, auf die dann noch allein mögliche Kombination zusammen mit den Deutchnationalen ebenso wie im Reiche einzugehen. Dieser Plan ist der Deutschen Volkspartei restlos mißlungen. Die verbleibenden Regierungsparteien haben den längeren Atem gehabt und die hundertgeige, aber anfangs des Jahres 1925 im stillen zum Zertifikat noch geschlossene deutchnational-kommunistische Opposition durch die Fähigkeit und Geduldigkeit ihrer republikanisch-demokratischen Politik aufgelöst und zerlegt, ihr Zusammenwirken vernichtet und sie dadurch zur Ohnmacht verurteilt. Wenn die Deutsche Volkspartei sie heute aus diesen Zuständen herausnehmt, in den sie sich durch die Kurzsichtigkeit und Unfähigkeit ihrer Führung selbst hineinmanövriert hat, so wird ihr das niemand verübeln. Ihr aber dabei zu helfen, daß sie aus einem Stadium politischer Ohnmacht in einen Zustand politischen Einflusses zurückgelangt, der ihr, wie der Ausfall der Berliner Stadtverordnetenwahlen beweist, nicht einmal mehr nach ihrer Stärke zusteht, dazu sollten sich die Regierungsparteien und vor allem die Sozialdemokratie nicht hinzugeben.

Bisher haben weder die Reden, noch die Taten der Deutschen Volkspartei im Reich oder in Preußen irgend einen Anhaltspunkt dafür ergeben, daß diese Partei eine innere oder auch nur eine äußere Ablehnung von den Anschauungen und der Politik zu vollziehen bereit wäre, die sie seit Jahr und Tag an die Seite der Rechten gesetzt hat. Ihre ganze inner- und wirtschaftspolitische Einstellung ist unverändert dieselbe geblieben und wird auch durch die Konzentration der deutchnationalen Angriffe auf ihren Parteiführer Stresemann nicht berührt. Melde für unter Staatsleuten unerträglichen für unsere politischen Ziele der Längsschliffen Zustände ist entweder, wenn die Deutsche Volkspartei auslogiegender Zolltar im Parlament ist, hat die jüngste Verhandlungen in der Regierungskoalition ihnen und augenzwinkend und schwer deutbar gemacht. Diese Zolle sollten genügen, um im Preußischen Landtag nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die anderen Deutchnationalen Parteien davor zu warnen, die durch eigene Törheit als Deut-

Gleinarbeit im Reichstag.

Präsident Löbe eröffnete die Sitzung. Die Kommunistische Partei hatte darum eruchtet, den während der Zollstreik aufgetretenen ausgeschlossenen kommunistischen Abgeordneten wieder zu gestatten. Es blieb geschäftsweise nur der Weg übrig, nach § 114 das Haus zu verlassen, ob es gegen die Auflösung des Ausschlusses keinen Widerstand erhebe. Da das nicht geschieht, sind die ausgeschlossenen abgewandten. Donnerstag an wie der zugelassen.

Der Gesetzentwurf über die Abänderung des Gesetzes über die Landkredite soll wird in allen drei Lesungen eine Aussprache angenommen.

Bei der dritten Beratung über die weitere vorläufige Regierung des Reichshaushalts (Notrat) für 1925 behauptet Abg. Stoeber (Komm.) daß die Verlängerung bis zum Januar, die der Haupthaushalt im Einvernehmen mit der Regierung beschlossen habe, im Zusammenhang mit der Neuordnung der Regierung steht.

Abg. Neubauer (Komm.) erklärt, daß der 31. Januar aus sachlichen Gründen gewählt worden sei. Abg. Müller-Krantsch (Soz.) stellt fest, daß sie die Unabhängigkeit herausgestellt habe, die sachliche Beratung des Staatsrates zum 31. Dezember zu erledigen. Da die Sozialdemokratie von den größten Wert darauf lege, eine Anzahl sehr wichtiger Probleme bei der Staatsberatung zur Sprache zu bringen, habe sie die Verlängerung bis zum 31. Januar zugestimmt.

Abg. Neubauer (Komm.) wirft den anderen Parteien vor,

daß im Ausland die kommunistischen Anträge für die

Landkreditsoldung abgeschlagen wurden.

Abg. Müller-Krantsch (Soz.) weist diesen Vorwurf als ungründlich zurück. Bei der Abstimmung der Beamtenchaft sei es erst möglich gewesen, die Frage der besseren Befriedigung länger hinauszuschieben. Es habe deshalb alles daran gelegen, um eine Vereinbarung zwischen den Parteien herzustellen. Die Regierung sei darum erachtet, die Unterlagen für die finanzielle Auswirkung der vorliegenden Anträge beizubringen. Das soll bis zum 9. Dezember geschehen. Es besteht jetzt die Möglichkeit, materiell zu handeln und den Beamten praktisch zu nutzen. Die Kommunisten dagegen hätten nur Agitationssprüche gestellt, denen sie von vornherein wissen müssten, daß sie den Beamten praktischen Nutzen brächten. Die Bevölkerung der Kommunisten über die lange Dauer der Regierungsbildung ruhte daher, sie keine Vorstellung darüber haben, wie es dabei zugeht. Sie heilte! Sie würde dem Volke einen besseren Dienst leisten, wenn sie sich dazu bereit erklärt, ein Stück Verantwortung mit zu übernehmen. Es steht jedenfalls fest, daß die sozialdemokratische Fraktion und, wie man gerechtsame Jungen sieht, auch andere Fraktionen, jetzt alles getan hätten, um die Bevölkerung ein Stück voraus zu bringen.

Der Geschehnisse wird daraus mit großer Mehrheit angenommen — Das Haus stimmt dann ohne Aussprache am Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung zu. — Damit ist die Tagesordnung erledigt. — Nächste Sitzung: Donnerstag, den 26. November, nachmittags, mit der Tagesordnung: Zweite Lesung der Vorlage über Notrat.

Das Locarno-gezetz keine Verfassungsänderung.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags beschloß am Mittwoch mit der Frage, ob das Locarno-Gezetz als verfassungsmäßig mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden kann. Von der Reichsregierung wurde in Ergänzung eines öffentlichen Gutachtens, das den verfassungssicheren Charakter des Locarno-gezettes verneint, ein umfangreicher Darlegungen staatsrechtlicher Natur vorgetragen. Unter anderem nahm auch Reichskanzler Dr. Luther sein Wort. Beschlüsse wurden vom Ausschuß nicht gefasst.

In dieser Frage macht Genosse Breitscheid im „Sozialdemokraten“ darauf aufmerksam, daß es zunächst bei der Regierung und dem Reichspräsidenten steht, ob ein Gesetz, das mit einer Mehrheit angenommen wurde, verhindert wird. Weiter steht Breitscheid: „Erst wenn sich jemand finden sollte, der im Grunde eingehendes Rechtsstudium die Angelegenheit vor dem Reichstag bringen könnte, würde vor dieser Instanz die Sache wieder auferrollt werden, und dort wäre dann auch die Entscheidung zu fällen. Würden sich freilich sämtliche Fraktionen des Reichstages oder würde sich auch nur die Mehrheit auf den Standpunkt der Deutschen Nationalen stellen, so wäre damit ein positiver Beifall des Parlaments unter allen Umständen erzielt. Zum Glück aber ist keine Majorität vorhanden, die die beiden in Betracht kommenden Gesetze als verfassungswidrig betrachten.“

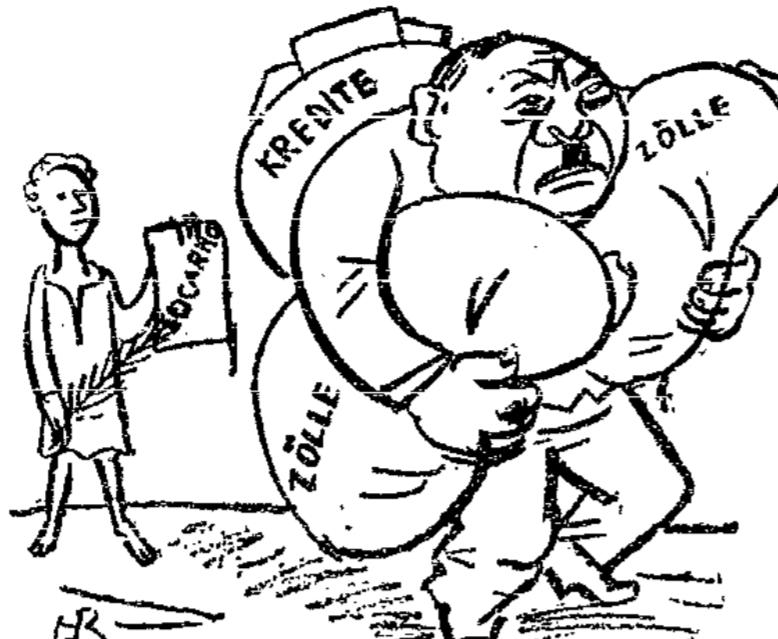
Es sind nun im wesentlichen zwei Momente, die die Nationalisten und Kommunisten ins Treffen führen. Einmal, wenn sie, werde ganz allgemein die Souveränität des Deutschen Reichs bestätigt, und zum andern werde insbesondere das nach Besetzung dem Reichstag zustehende Recht auf Kriegserklärung aufgehoben oder eingeschränkt. Mit dem Hinweis auf die Belehrung der Souveränität ist nur verfassungspolitisch viel anzufangen, denn es gibt keinen Artikel, der besagt, daß eine Verkürzung der Souveränitätsrechte ganz allgemein nur eine qualifizierte Mehrheit beschlossen werden könne. Gleichzeitig aber lassen Sicherheitspakt und Schiedsverträge soviel wie die Zughörigkeit zum Völkerbund die Souveränität der einzelnen Staaten bestehen. Sie schränken das Recht auf ihrer Besetzung vielleicht ein, aber sie tun es nicht mehr als jedes Einzelfalls, als jedes Handelsabkommen oder jede Abmachung, die auf den zwischenstaatlichen Verkehr u. v. besicht. In seinem Falle aber kann eine Verfassungsänderung angenommen werden und bisher ist auch niemand auf den Gedanken gekommen, eine dahingehende Vermutung auszuhelfen.

Was aber die Beurteilung auf das Recht zur Kriegserklärung anbelangt, so ist hier die Stellung der Parteien, die sich plötzlich mit solchem Eifer erhöhten vor die Verfassung stellen, geradezu absurd. Wenn der Artikel 45 der Reichsverfassung dem Reichstag das Recht der Kriegserklärung vorbehält, so ist doch der Sinn nur der, daß der Gegenpart zu früher nicht mehr ein einziger, sondern die Volksvertretung die Entscheidung darüber trifft, ob das Land den Gefahren und dem Ende eines verfeindeten Konfliktes auszuweichen ist. Die Deutschen Nationalen und im schönen Verein mit ihnen die Kommunisten, tun also als ob die Möglichkeit der Kriegserklärung geradezu ein unveräußerliches Menschenrecht der deutschen Nation sei. Sie sehen also als eine Verletzung der Verfassung an, wenn mit einer solchen Mehrheit Verträge mit anderen Staaten geschlossen werden, die die Möglichkeiten und Berechtigungen der Kriegserklärung verringern wollen. Ob die kommunistischen Arbeiter mit dieser Art von Ablehnung des Faschismus einverstanden sind — das zu wissen, wäre von hoher Interesse.

Allerdings beruft man sich auf seine Stellungnahme ja auch auf den Artikel 16 des Völkerbundesartikels. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß sie nach den Zusagen, die ihr auf der Konferenz von Locarno gemacht wurden, unter keinen Umständen zu einer Kriegserklärung gegen einen Dritten genötigt werden kann. Ob diese Aussicht mit dem recht unsklaren Wortlaut des Artikels 16 im Einklang zu bringen ist, kann zweifelhaft sein. Aber der Ansicht des deutschen Kabinetts ist von der Regierung nicht widersprochen worden. Sie besteht also ebenfalls jedenfalls zu Recht, und damit entfallen auch die in dieser Beziehung erhobenen Bedenken.“

Der Reichstagsausschlag für Handelsverträge nahm am Mittwoch, gegen die Stimmen der Kommunisten den deutsch-italienischen Handelsvertrag an. Die Deutschen Nationalen lonten sich nicht glücklich werden und erklärten, daß ihre Stellungnahme die Entscheidung der Gesamtfraktion vorbehalten zu müssen.

Der Verantwortungslose.



„Was will der Lauseangel? Auf den Frieden Und auf Versöhnung war ich niemals toll,
Ich bin gefüllt, ich bin mehr als voll,
Ich hab' Kredit und leb' von meinem Zoll,
Zur rechten Stunde bin ich ausgeschieden!“

Die badischen Demokraten ausgeschaltet.

Weil sie nicht mit der Volkspartei gehen wollten.

Aus Karlsruhe meldet W.-T.-B.: Die Zentrumsfraktion geht zur Regierungsbildung eine Erklärung ab, in der sie ihr Beibauen ausdrückt, daß es ihr trotz ehrlichem Bestreben nicht gelungen ist, die große Koalition, und als diese unmöglich wurde, die alte Weimarer Koalition durchzuführen. Zentrum und Sozialdemokratie würden jetzt gemeinsam die kommende Regierung vorbereiten.

Dazu wird uns aus Karlsruhe gemeldet:

Diesen Abschluß hat sich die Demokratische Fraktion selbst zu verdanken. Er ist zurückzuführen auf persönliche Intrigen des bisherigen Staatspräsidenten Hellbach, auf dessen Minutiätigkeit nur noch seine eigenen Freunde, nicht aber Zentrum und Sozialdemokraten, Wert legten. Um sich selbst zu retten, erzielte Hellbach noch in den letzten Tagen die Große Koalition. Da die Demokraten keinen anderen Mann präsentieren wollten als Hellbach, mußten sie auf eine Beteiligung an der Regierung verzichten.

Das neue Kabinett wird bestehen aus den bisherigen Justizministern Köhler und Trunk sowie dem Genossen Römel als Innensenator. Er übernimmt vorübergehend auch das frei werdende Kultusministerium, sodass den Demokraten jederzeit Gelegenheit gegeben ist, ihre sinnlose Taktik aufzugeben und in die Regierungsgemeinschaft zurückzuführen. Auch ohne die Demokraten besteht die aus Zentrum und Sozialdemokraten bestehende Regierung im badischen Landtag eine feste Mehrheit. Sie verfügt von insgesamt 76 Sitzen allein über 44.

Das „Berliner Tageblatt“ lädt sich für Verteidigung Hellbachs melden, daß die entscheidende Streitfrage zwischen ihm und den anderen republikanischen Parteien die Frage geworden wäre, ob die Regierung Hochschulprofessoren gegen die Vorschläge der Fakultäten ernennen solle, was Prof. Hellbach angewidert ablehnte. Auch diese Meldung gibt zu, daß andere Parteien eine erhebliche Rolle spielen, in deren Falle aber ist keine Majorität vorhanden, die die beiden in Betracht kommenden Gesetze als verfassungswidrig betrachten.

Das „Berliner Tageblatt“ lädt sich für Verteidigung Hellbachs melden, daß die entscheidende Streitfrage zwischen ihm und den anderen republikanischen Parteien die Frage geworden wäre, ob die Regierung Hochschulprofessoren gegen die Vorschläge der Fakultäten ernennen solle, was Prof. Hellbach angewidert ablehnte. Auch diese Meldung gibt zu, daß andere Parteien eine erhebliche Rolle spielen, in deren Falle aber ist keine Majorität vorhanden, die die beiden in Betracht kommenden Gesetze als verfassungswidrig betrachten.

Der Gememordprozeß in Schwerin

scheint, wie uns trotz dem strengen Ausdruck der Gesetzlichkeit gemeldet wird, nur langsam fort. Schwer beständigt sind angeblich die Aussagen des völkischen Arztes Rohardt gewesen, der Giftstoff zur Befreiung des getöteten Beiges beschaffen sollte. Von Oberleutnant Schulz, dem Organisator der Schwarzen Reichswehr, sollen u. a. einige Entlastungszeugen, chemische Spiegel der Feme-Organisation, vorgeführt werden. Als recht bedenklich werden auch die Aussagen des Angeklagten, Oberleutnant Gruden bezüglich der Todesurteile in der Kaiserne in Schwerin, also in einem staatlichen Gebäude, durch zwei Militärerionen festhalten ließ, bis er an den Mörder Boldt ausgelöscht werden konnte. Wie es kommt, daß staatliche Käfer zur „Bewachung“ von völkischen Führern eingesetzt werden dürfen, wird vorläufig das Geheimnis der Feme-Organisation und der militärischen Stellen bleibt. Ein übriges hat man sogar den Vater des ermordeten trocken seiner Bitte von der Verhandlung ausgeschlossen.

Aus aller Welt.

Entdeckung eines neuen Kometen.

Nach einem von der „Astronomischen Zentralstelle“ in Kiel eingegangenen Telegramm wurde in den frühen Morgenstunden des 19. November von Wilt in Kiel an der 10. Komet dieses Jahres entdeckt. Der neue Schneekomet, der zu den hellsten der in diesem Jahre erschienenen gehört, erhält die Bezeichnung 1925k. Neu entdeckte Kometen werden, wie bekannt, der chronologischen Reihenfolge ihrer Entdeckung nach durch die Jahreszahl und die fortlaufenden Buchstaben des kleinen Alphabets kennlich gemacht. Das laufende Jahr ist im Bezug auf Kometenerscheinungen durch die neue Entdeckung von Wilt zum Recordjahr aufgerückt. Der Komet ist am Nachmittag in den frühen Morgenstunden bis etwa 8 Uhr sichtbar. Er besitzt die Helligkeit eines Sterns siebenter Größe und bewegt sich in südöstlicher Richtung durch das ausgedehnte Sternbild des Herkules. Am Endesetzungstage stand er in 17 Grad 18 Minuten gerader Aufsteigung und 33 Grad 4 Minuten nördlicher Absteigung. Befonders bemerkenswert ist seine außerordentlich schnelle Bewegung von 5 Grad täglich, was auf eine geringe Entfernung von der Erde hindeutet.

Durch drei Deden.

Eine Einbrecherkolonne, deren Kühnheit ungewöhnlich ist, suchte in der Nacht zum Dienstag ein Konfektionshaus in Berlin in der Kommandantenstraße in unmittelbarer Nähe der Leipziger Straße heim. Die Bande stieg über das Dach in die Bodenräume ein, durchbohrte die Decke zum vierten, dritten und zweiten Stockwerk, ließ sich an der elektrischen Beleuchtung herunter und gelangte in das zweite Stockwerk. Dort überfielen sie sich gegen eine etwaige Überraschung, indem sie durch die Tür ein Loch bohrten, um den Wächter zu beobachten. In der Zwischenzeit packten sie für 30.000 Mark Seidenstoffe in mitgebrachte Säcke, schafften diese durch die Öffnungen auf den Boden hinunter und verschwanden dann über die Dächer. Sie ließen einen Regenschirm zurück, in dem sie den herabfallenden Mörser aufgefangen hatten. Im Nebenhaus, in dem sich ein Polizeirevier befindet, hatte man von dem Vorfall nichts gemerkt.

Schäke für ein schweres Sittlichkeitsverbrechen.

Ein Mann, nennen Republik, der sich an einem jüngsten alten Münzen vergangen hatte, wurde von einem Berliner Schönenberger zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt,

Ein Wohnungsbauprogramm für die neue rote Mehrheit im Berliner Rathaus.

Aufgrund der Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung hat die Berliner Gewerkschaftskommission zusammen mit dem Amt für das Wohl der Bevölkerung ein Programm für den Berliner Wohnungsbau und für die Reorganisation des Berliner Städtebaus ausgearbeitet, das jetzt der Sozialdemokratischen und kommunistischen Stadtverordnetenfraktion vorgelegt werden soll, um ein einheitliches gemeinsames Arbeit der linken Mehrheit auf diesem wichtigen Gebiete zu ermöglichen. In diesem Programm wird zunächst eine Vereinheitlichung und Zusammenhang aller mit dem Städtebau zusammenhängenden Verwaltungszweige in einer Hand gefordert. Es wird vorgeschlagen, einschließlich der bevorstehenden Wahl eines Stadtbaurats für Hochbau einen Mann zu wählen, dem nicht nur das Hochbauamt, sondern auch alle anderen Dienststellen unterstehen mögen. Dazu gehört das Städtebauamt, Vermessungsamt, Wohnungsfürsorge, Kleingartenausbau, Grundstücksausbau, Liegenschaftsamt, Parkverwaltung und Baunutzung. Durch diese Reorganisation auf die übrigen in der Gesellschaftlichkeiten von den verschiedensten Seiten hingearbeitet werden soll, sollen wesentliche Erfahrungen in der Verwaltung erzielt werden. Augenblicklich gehört zur Geschäftsführung eines Baubevorhabens durch die Berliner Verwaltung die Zustimmung von nicht weniger als 26 verschiedenen Dienststellen.

Außerdem legen die Gewerkschaften ein Wohnungsbauprogramm vor. Es wird vorgeschlagen, daß die Stadt Berlin sich ein Bauprogramm von mindestens 20.000 Wohnungen jährlich setze, die Wohnungen ausschließlich für Minderbemittelte hergestellt werden und bei der Finanzierung davon gearbeitet wird, daß die Kosten für diese Neuwohnungen dem inneren Wert der alten Wohnungen gleichgestellt und zum mindesten die gleichzeitig festgelegten Preise nicht wesentlich übersteigen. Als finanzielle Quellen für den Berliner Wohnungsbau sollen außer der Haushaltsteuer und den Einkommenssteuern in erster Linie Hypothekarkredite der Städtischen Sparkasse, der Feuerwehrsicherungsanstalt, des Pfandbriefamtes, der Krankenkassen usw. in Betracht kommen. Außerdem wird eine systematische Baustoffbeschaffung durch die Stadt vorgeschlagen. Das Bauamt soll zu nächstem Zeitpunkt abgegrenzt und vor jeder Investition Auskunft gegeben und vor jeder Investition Auskunft gegeben werden. Der Wohnungsbau soll in die Hand gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften übergehen, die im engsten Einvernehmen mit den Konsumgenossenschaften, Bauhilfen, den Arbeitern usw. unter Kontrolle der Stadt zu arbeiten haben.

Aus dem Reich.

Das Arbeitsprogramm des Reichstags ist am Mittwoch wie folgt geändert worden: Am Sonnabend und Montag wird wegen der preußischen Provinzialwahlnebenwahl keine Vollversammlung des Reichstags stattfinden. In dem folgenden Dienstag soll die zweite und dritte Lesung des italienischen Handelsvertrages und die erste Lesung des russischen Handelsvertrages auf die Tagesordnung gestellt werden. Anschließend ist die dritte Lesung des Ernährungsgesetzes, verbunden mit den Anteilen und Interpellationen über die landwirtschaftlichen Verhältnisse und die erste Lesung des Gesetzes über die Knappheitssatzung und die zweite Lesung des Gesetzes über die Doppelsteuerung. Von 4. bis 8. Dezember einschließlich werden wegen mehrerer Parteitage die Sitzungen ausfallen. Am 9. Dezember wird das Plenum wieder zu einem längeren Tagessitzungsschluß zusammentreten. Bis dahin dürfte auch die Regierungskrise fast geworden sein.

Rechtsradikal Schenckmann beschuldigt. Der Aufmarschkomitee der Königsberger Polizei ist es gelungen, dieser Tage ein zweites Waffenlager zu entdecken. In Wismar bei Königsberg formte sie 5. Majaniergewehe, darunter 4 leicht, 200 Infanteriewege, 62 Modell 08, und einige Kitzen Handgranaten beschlagnahmen. Die Waffen gehörten den „Festlandischen Verbänden“. Sie lagen in dem Speicher des Mobiltransports Bruno Hein. Wie die „Völkerzeitung“ meldet, wurde der Lagerraum von der Polizei versiegelt, ohne daß die Waffen abtransportiert werden sind.

Prinzipielle Einschränkung des Ein- und Ausfuhrverbots. Die Reichsregierung hat den Entwurf einer internationalen Vereinbarung zur Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote und Beschränkungen hierauf fertiggestellt. Der Entwurf gründet sich auf die im Artikel 3 des internationalen Abkommens vom 3. November 1923 zur Vereinfachung der Zollformalitäten vorgeesehenen Abmachung. Nach dieser Abmachung verpflichten sich die Vertragsstaaten, möglichst bald alle Maßnahmen zu treffen, um Verbote und Beschränkungen in der Ein- und Ausfuhr auf ein Minimum herabzuziehen. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat zur Beprüfung dieses Entwurfs einen neungliedrigen Arbeitsausschuss eingesetzt.

Berücksichtigung russischer Sowjetprofessoren mit einem Breslauer Geheimrat. Der Vorstand des am 21. November neu eröffneten stomatologischen Instituts in Breslau hat Herrn Geheimrat Medizinalrat Professor Dr. Carl Barth, Breslau, mitgeteilt, daß der Moskauer Sowjet als Zeichen brüderlicher Einigkeit der russischen und deutschen Wissenschaft das Institut nach ihm benannt hat. Geheimrat Barth ist auch politisch als alter Nationalsozialist Turnerschäfer bekannt.

Heliumgewinnung aus der Luft.

Nach einer Meldung aus London soll es der britischen Sauerstoff-Gesellschaft gelungen sein, ein Verfahren zu erfinden, durch das reines Helium aus der Luft gewonnen werden kann. Das Verfahren ist jedoch zu kostspielig — 1 Liter Helium würde 1 Pfund Sterling kosten —, als daß es zur Heliumgewinnung für Luftschiffe dienen kann.

Wenn ein Hungerländer Hunger hat.

Der holländische Hungerländer Wollen hatte den Chrysanthemus lang zu fasten. Auf einem Divan in einem Glasfaß ausgebreitet, der in der Halle des Zeitungsgebäudes des „Petit Parisien“ in Paris aufgestellt war, fastete er bereits elf Tage, als er in der darauf aufgestellten Nacht in einem Anfall von Todslucht die Scheiben des Käfigs mit Zahnstochern zertrümmerte. Er hatte Hunger. Er mußte in eine Klinik übergeführt werden; aber er hatte 40.000 Francs verdient.

Einfall eines Palastes in Neapel.

Einer der ältesten Paläste Neapels, der Palazzo San Severo, ist nach einer Blätterwelle eingestürzt. Die Bewohner der drei Stockwerke wurden in die Tiefe gerissen. Bisher wurden 14 Verwundete, darunter 4 Schwerverletzte, aus den Trümmern gezogen.

Das verbotene Wort „Volks“.

Obwohl in Litauen durch ein Zirkular des Innenministers Schilder und Anschläge in den Sprachen der nationalen Minderheiten gesattelt sind, geht die Polizei dennoch gegen solche vor. Die litauische Minderheit ist daher ganz sehr erregt darüber, daß mehrere Inhaber von Restaurants, wie 50 Lit Straße verurteilt worden sind, und zwar nur deshalb, weil sie die Angabe „Volks“ auf hölzernen Schildern auf ihren Schildern trugen.

Banditenüberfall in Amerika.

Eine Anzahl wundersamer Banditen konnten jährl. von 2 Lit auf Parzerautomobilen in dem Städten Califorien (Los Angeles) an, trugen alle Telephon- und Telegraphendrähte ab, überfielen die Restaurants, machte einer erfolglosen Postamtangriff auf die Banken und setzte die Einwohner, die sich in ihren Häusern aufhielten, durch bestreite Salven mit Gewehren und Revolvern in Schrecken.

Meiner werben Kundschaff

biete ich aus meinem modernen Molkereibetriebe:
Pasteurisierte u. tiefgekühlte Vollmilch, Butter-
milch, Magermilch, Schlagsahne, Kaffeesahne,
täglich frischen Speisequark.

Ich suche noch Wiederverkäufer.

Emanuel Ksoll,
Alsenstraße 21.

Telephon: Ohle 5646.

8 ung Hausfrauen Preisabbau!

Die Mitglieder des Vereins

Breslauer Fischwarenhändler

bieten Ihnen Gewähr dafür, daß Sie

Lebende Flüßfische
Frische Seefische
Räucherwaren
Marinaden
Salzheringe

in stets frischer und preiswerter Qualität erhalten.

Achten Sie beim Einkauf nur auf die Geschäfte mit der rot-weißen Flagge mit dem Karpfen.

Verein Breslauer Fischwarenhändler.

Gie sparen viel Geld!

Der weiteste Weg lohnt sich!
Kinderwesten für Kinder 2.90
Damen- und Herren-Westen 4.50
Arb. Strickwesten 6.50, 8.75, 8.90
Arbeitswesten 4.50, 5.50
Knaben-Staffanzüge 5.50
Knab.-Mensch.-Anz. 7.00
Knab.-Winteranzug 6.50
Herren-Winteranzug 10.50, 16.50
Wärme 10.50, 16.50 (12.60)
Bettbezüge mit 3 Kissen 7.85
Deckbettbezüge 5.65, 4.85
Einzelne Kissenbezüge
weiß oder karriert 1.45
Ballfischer 2.00 und 1.95
1 fertiges Inlett 9.50
Blaeser-Velours Meter 0.95
Lindener Baumwolle 4.50
70 cm breit Meter 2.25
Linoleum 65 cm breit 1.95
Sämtliche Winterwäsche zu billigsten Preisen.
Friedrich-Wilhelm-Straße 35.

H. Wassermann,

Direkt aus der Fabrik

ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für

Mk. 2¹⁰ per Liter einschl. Steuer

den berühmten

Alten Breslauer 35%

Rum - Façon 38% Mk. 2⁸⁰

Jamaika-Rum-Verschnitt Mk. 3⁵⁰

Unsere in ganz Deutschland berühmten

Edel - Liköre

Mk. 3⁰⁰ und 3⁶⁰ per Liter

Dampf-Destillierwerk

Herzberg & Co.

Höhenstraße 48, Michaelisstraße 3

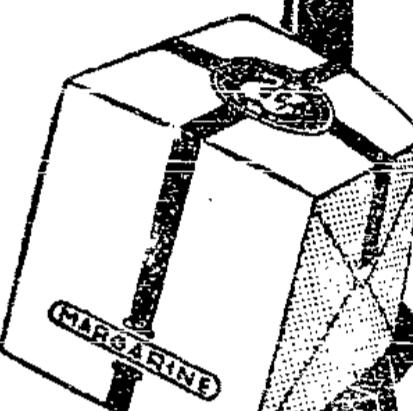
und Blücher-Platz 20.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Heut gilt jeder Pfennig

den man erspart. Wer Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ verwendet, spart manche Mark.

Preis 50 Pf. das Halbfund in der bekannten Packung.



Schwan im Blauband

DEUTSCH-GEKÜHLT

Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blauband-Margarine“ das farbig illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ kostenlos zu verlangen

Monteur-Anzüge . . . Mk. 6.75

Arbeits-Hosen . . . „ 4.45

Berufs - Kleidung

Wilhelm Knauerhase

Breslau I., Kupferschmiedestr. 16

vis-à-vis J. Mamlok

Vorzeiger dieses Inserats erhält 5% Rabatt

Jeder Kennt



Urban DEN SCHUHPUTZ

BORDHAUS

In großen und kleinen Dosen überall zu haben.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.



Wer seinen Gegner schlagen will,
der muß ihn kennen!

Soeben erschienen
Kampffmeyer:

Der Nationalsozialismus und seine Gönner.

Eine 60 Seiten starke Broschüre, die vollkommenen Aufschluß über das Wesen und die Herkunft der Finanzen des Nationalsozialismus gibt.

Preis 60 Pf., auswärts 10 Pf. Porto

Volkswachtbuchhandlung

Breslau III., Neue Gravenstraße 5

Möbel

Wohnungs-Einrichtungen jeder Art
direkt aus eigener Fabrik

liefern unter Garantie zu billigsten Preisen
neue und zweiteilige Zeitungseinrichtungen

F. Michusch, Irminstraße 58

Ecke Eisenstraße. Tel. Ohle 3632.

Qualitäts-Rauchtabake

von
CARL Vogelsang, Bremen
ganz etwas Hervorragendes.

Festschnitten:

50 Gramm Jan Piet 30 Pf., Cavota rot 30 Pf., Cavota grün 40 Pf.,
Cavota blau 50 Pf., Gaffengelb 70 Pf., Golditan 1.— Mk.

Beachten Sie den Vornamen — **CARL** — und fordern Sie
ausdrücklich mein Fabrikat in allen Spezial-Geschäften.

Bezirksvertreter: **L. CENTAWER, Breslau 13**
Hirschenstraße 82

Telephon Ohle 5102

Für die Rechte des Verleihers: Eine Zeile, für ein Blatt: Eine Zeile. — Verboten, ohne Genehmigung des Herausgebers zu drucken. — Druck und Verlag der „Volkswacht“. G. H. S. S. Kunstdruck in Breslau.

Warnung.

Es gibt Nachahmungen, die dem Aechten Franck mit der Kaffeemühle äußerlich zum Verwechseln ähnlich sehen, aber in der Qualität ihm weit unterlegen sind. Man schützt sich gegen derartige Nachahmungen, indem man ausdrücklich verlangt

Aecht Franck
„mit der Kaffeemühle.“

HEINRICH FRANCK SÖHNE SE: BERLIN, LUDWIGSBURG I.W.

525

2. Beilage zur Volkswacht

Donnerstag, den 26. November 1925

ein Geheimdokument des Landbundes.

Die genannten Kleinbauern.

Niederholz haben wir Notizen gebracht aus den klar hervorhebenden Zusammenfassungen von einer Anzahl Genossenschaften im letzten Jahre dem pol. lichen Missbrauch zugetrieben sind. Genossenschaften wurden von den Agrarierinnen gegründet, damit die Beträgen der Bauern und aus den im Verleih mit den erzielten Geschäftsgewinnen die politischen Faschisten der Herrschaft würden, und gleichzeitig kleinen die Genossenschaften zur Unterbringung von politischen Agitatoren.

Die eingetragenen Bauernkollektive trocken aufserordentlich hart die Läden. Der Großgrundbesitz ist im allgemeinen sich der Landgenossenschaften verhältnismässig wenig bekannt zu sein. Es heißt es in einem Schriftstück vom 24. September, den der Reichslandbund seinen Führern übergeben hat zur Besprechung, nur als Material für Vorträge benutzt werden.

Zum 16. ist gezeigt:

„No Berücksichtungen sind, sind sie — und hierfür haben Anwandtheorie — in erster Linie durch die schlechte Ausbildung entstanden und weil die Organe der Genossenschaften diese wenig kümmerten, vergleichbare Kotthaus, Kroppen, am Reppen, Tütterbog, Zaubt, Belzig, Weizen, Niederschlesien, Landeshut, Hirschberg usw.

Das nächste Ziel sieht der Landbund in der Versammlung der Landgenossenschaften mit dem Kaisersverband oder mit dem Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, beginnend mit dem Genossenschaftsverband zu einem. Dazu soll sie den eine Mehrheit in der Deutschen Liga schaffen, damit der Reichslandbund aus dem Deutschen Landwirtschaftsverband aussteigen kann. Hauptsache ist, dass alle Genossenschaftsmitglieder sei. Käufe fallen dann. Hieran ist das Landbundgeheimdokument auf Seite 20, 21 und 22 der Frage laut:

Was ist zu fordern für den Landbund um innerhalb des etwa reichenden Geheimgenossenschaftswesens seine wirtschaftlichen Tendenzen zur Gestaltung bringen zu können?

Es genügt nicht, wenn die ehrenamtlichen Mitglieder der rein lokal- oder zentralgenossenschaftlichen wirtschaftlichen Organisationen gute Landbundmitglieder sind. Wenn in dem Falle, in dem sie als Genossenschaften in der Genossenschaft sind, wird der Landbundmann, das heißt der Wirtschaftsvertreter, in den Hintergrund gedrängt, wenn dieselbe nicht seitens Landbundorganisation in ganz bestimmten wirtschaftlichen Sphären kein Amt in der wirtschaftlichen Organisation

zu überstellen, dass die genossenschaftlichen Zentralen (Provinz, Kreis) in einem bestimmten noch schlagenden Falle für die durch den Landbund bestimmte wirtschaftliche Tendenz entsprechende Befreiungen übernehmen. Das Wesentliche ist, dass die wirtschaftspolitische Durchsetzung des Genossenschaftswesens durch den Landbund sicherstellt, eben die potentielle Stützung der wirtschaftspolitischen Tätigkeit, ohne dass nach außen hin eine Majorisierung der wirtschaftlichen Organisation durch die wirtschaftspolitische Einheitlichkeit tritt. Denn auf das letztere wird sich keine wirtschaftliche Organisation einlassen können, die die immer wieder den wirtschaftlichen Gegebenheiten in der Ausübung über die Lage zu realisieren Möglichkeiten zwischen dem Landwirt als man nicht die einseitige Majorisierung des einen durch den anderen möglich machen, ohne dass der betreffende majorisierte in einer Verstärkung Schaden erleidet.“

Der Landbund will zur Vermeidung des offenen Ausbaus des Einbaus seiner Genossenschaften in andere Betriebe

stehende Genossenschaftsverbände, aber den Einbau in einer Weise, die den Agrarierinnen die politische Beherrschung der gesamten landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung ermöglicht und zugleich die Genossenschaften zu einer Mithilfe für die politischen Faschisten des Landbundes macht.

Allerdings stehen dem Blaue manche Schwierigkeiten gegenüber, die Verbände, die die Landbundgenossenschaften aufnehmen sollen, würden dafür beträchtliche Mittel aufwenden müssen, ob die Verbände in der Lage sind, diese Mittel zur Verfügung zu stellen, bei der Schwierigkeit, in der diese Verbände den Betrieb nah auch sind, bleibt dagegen bestehen. Auch bei den alten Genossenschaftsverbänden ist dieses jürgen nicht gefunden.

Heldenhafter wäre's, von einem solchen Plan Abstand zu nehmen und dafür die prominenten Junker in ihre Tafche greifen zu lassen, damit auf jenseits Art die Landbundgenossenschaften saniert und die Kleinbauern vor Elend behütet würden. Aber daran denkt der Landbund gar nicht, er kennt ja seine Junker zu gut und weiß, dass die Junker immer haben wollen, nicht geben. Sind ja doch in verschiedenen der vertragenden Genossenschaften die Junker so stark gewesen, die bürgerlichen Mitglieder zu einer Erhöhung der Geschäftsanteile zu bewegen, sich selbst aber haben sie durch rechtzeitige Kündigung der Mitgliedschaft in Sicherheit gebracht. So hat z. B. der Herr von Nahmer bei der Kolibauer Genossenschaft gehandelt; von Nahmer ist der Kreisführer der Deutschnationalen.

Statt zu einer gesunden Finanzwirtschaft, steuern die Landbündler dahin, auch die anderen Verbände landwirtschaftlicher Genossenschaften in das Unglück hineinzutreiben. Ihr Ziel ist, vermögens der Genossenschaften die Herrschaft über den Lebensmittelmarkt zu erhalten, damit sie den Kleinbuerger geradezu zur Przedikatur steigern können. Die finanziellen Mittel soll über dies die Allgemeinheit mindestens herleiten, bereits ist 1 Million Goldmark, die dem Konzern deutscher Landbundgenossenschaften von der Reichsregierung gestellt wurde, verloren gegangen. Wenn aber jetzt eine Genossenschaft nach der anderen verfällt, so wird der kleine Plan zu Wasser und überdies werden die genannten Kleinbauern auch politisch dem Landbund und der Deutschnationalen Partei den Rücken föhren!

Die hinter das Licht geführten Kleinbauern werden aber auch noch etwas anderes tun. Die Übermächtigkeit des Reichslandbundes wird sie gelehrt haben, dass diese Organisation, von der sie selbst nur als die zahlenden Proleten betrachtet werden sind, unzählig ist, mit anvertrauten Geldern zu wirtschaften. Sie werden daraus die Anwendung ziehen, dass wenn sie schon mit den Mitteln der eigenen Organisation in dieser vorantreibungslosen Weise gewirtschaftet haben, sie mit öffentlichen Mitteln, mit Mitteln der Provinz und des Kreises nicht minder verantwortungslos wirtschaften werden. Das wird die Kleinbauern zu der Erfahrung bringen, dass die deutschnationalen Reichslandbündler wohl aus ihrer Klasse, nichts aber in den Provinzial- und Kreistagen zu suchen haben, und sie werden sich auch hier mit den deutschnationalen Parteien abfinden, wie sie es verdienen.

Genommen zu unternehmen. Eine besondere Friedenspolitisch, also eine weitergehende Verpflichtung, Kampfmittel auch wegen der farblich nicht geregelten Krägen zu unterlassen, bedarf besonderer Vereinbarung. Ein Vertrag gegen die allgemeine oder besondere Friedenspolitik kann durch die Parteien selbst oder durch einzelne Mitglieder dieser Parteien geschlossen. Er hat die allgemeinen Folgen, wie sie der vertragswidrige Bruch eines gegenwärtigen Vertrages erzeugt. Ein Vertrag durch die einzigen Mitglieder der Parteien, insbesondere durch die einzelnen Mitglieder der Organisation, in dem Friedenspolisch. Die Organisation hat daher grundsätzlich, wenn sie den Vertrag weder gewollt noch gefordert hat, nicht dafür einzutreten. Ein Arbeitsnehmerverband darf höchstens zu machen, wäre nach einem Urteil des Reichsgerichts vom 9. April 1925 nur andanklich, wenn er die Gewähr für die Wahrung des Friedensfriedens seitens seiner Mitglieder ausdrücklich ausdrücklich. Die Eingang einer so weitreichenden Garantie wird aber in den meisten Fällen mit dem Wachtmitteln eines Verbandes und seinem Einfluss auf widersprüchliche Mitglieder nicht im Einklang stehen. Sie wird also nur in den ungünstigsten Ausnahmefällen aus ganz besonderen Umständen gerechtfertigt erscheinen und bedarf bei ihrer Erheblichkeit einer unzweideutigen zweifelsfreien Willenserklärung.

4. Der steuerliche Dienstaufwand der privaten Angestellten.

Auf Grund des neuen Einkommensteuergesetzes sind Entlastungen steuerfrei, die den im privaten Dienst angestellten Personen noch ausdrücklicher Vereinbarung zur Bereitstellung des Dienstaufwandes gezaubert werden, wenn sie Garantie nur in Höhe des nachgewiesenen Dienstaufwandes erfolgt oder wenn sie die tatsächlichen Aufwendungen offenbar nicht übersteigen. Es muss also zunächst ein bestimmter Betrag für wirklichen Aufwand ausdrücklich vereinbart sein. Dieser Betrag ist aber nur unter gewissen Umständen steuerfrei. Er darf nicht höher sein als der dem Finanzamt nachgewiesene Dienstaufwand. Der Nachweis wird freilich in sehr vielen Fällen nicht recht möglich sein. Ausgaben von Reisenden für Fahrten und Essen lassen sich nicht immer bis ins Kleinste beweisen. Deswegen steht das Gesetz noch eine andere Möglichkeit für die Steuerfreiheit vor. Auch der Dienstaufwandszettel soll steuerfrei bleiben, die tatsächlichen Aufwendungen offenbar nicht übersteigt. Um die Nachprüfung dieser offensichtlich angemessenen Sätze zu erleichtern, hat der Reichsfinanzminister in einem Erlass vom 18. August 1925 Richtlinien für die steuerliche Bewertung der Verpflegungs- und Übernachtungssätze festgelegt. Darin ist im einzelnen z. B. für Reisende bestimmt, dass Betriebe auch ohne besondere Nachweisen bleiben, die nicht höher sind als die den entsprechenden Reichsbeamten als Tage- und Übernachtungssätzen gewohnten Sätze. Die zurzeit gelgenden Sätze seien aus nachstehender Tabelle hervor. Dabei gelten als besonders teure Orte z. B. Altona, Berlin, Bremen, Dresden, Dortmund, Dresden, Halle a. S., Stettin, Stuttgart usw.

Durchschnitts- grösstes Jahr.	Reisen nach besonders teuren Orten	anderen Orten
Wochen- Wochen- Tagessatz	Wochen- Tagessatz	Wochen- Tagessatz
2700	7,00 + 4,50 = 11,50	4,50 + 3,50 = 8,00
4500	9,00 + 6,00 = 15,00	7,00 + 4,50 = 11,50
8200	12,00 + 9,00 = 21,00	10,00 + 5,50 = 15,50
18000	14,00 + 10,00 = 24,00	12,00 + 6,00 = 18,00

Eine Blamage der Gelben.

Der gelbe Bäder- und Konditoren-Gießen-Bund, Sitz Berlin, hatte für Mittwoch abends in das Kermannsheim, Zauberbrücke, eine Kollegen-Versammlung einberufen, in der ein Herr Martin Pehold, leitendes Zeichens „Bundesbeamter“, aus Dresden sprechen sollte über „Zweck und Ziel des Bundes in besonderer Berücksichtigung der Tagesarbeit“. Eine beträchtliche Anzahl Bädergesellen, sowohl „freie“ als auch „christliche“, waren erschienen, um den angeduldigen Vortrag mit anzuhören. Man wartete und wartete, wer aber nicht erschien, war der gelbe Redner aus Dresden. Da erstmals schließlich Kollege Boisse das Wort, um zunächst die Feierlichkeit zu brandmarken, die doch darin lag, dass weder der angekündigte Redner noch sonst jemand von der gelben Fratulität hierhergegangen, offenbar deshalb nicht, weil man nach der Ansammlung der erschienenen Kollegen von vornherein mit einer schweren Abfuhr rechnete. Kollege Boisse rührte etwas aus: Es sind hier christliche und freie Gesellschaften vertreten. Beide Organisationen haben Lohnforderungen gestellt, die abgelehnt worden sind. Die heutige Versammlung ist offenbar nichts weiter als eine schlaue Taktik der Führung zur Verwirrung zu dienen. Wir brauchen keinen gelben Bund zur Unterprobung unserer Interessen. Wir sind auch nicht handwerkseinblind, was man uns fälschlich vorgelegt hat. Die gesamte öffentliche Meinung Breslaus steht auf unserer Seite! In nächster Zeit werden wir eine große öffentliche Versammlung einberufen, in der gezeigt werden wird, dass von 32 großen Städten in Breslau die eingesetzten Böhmen gezeigt werden. Kein Wunder, dass unter diesen Umständen die Breslauer Bädermeister rund und roh aussehen und sich prahlend aus ihnen Autos gefeiert haben, während das Elend der Gesellschaft jeder Beschreibung spricht. So geht es nicht weiter!

Zum Schluss forderte Kollege Boisse die Anwesenden auf, ruhig beizubringen und eine abwartende Stellung zu beobachten.

Es sei noch hier die Resolution bekannt gegeben, die Genossen Boisse, falls die Versammlung stattgefunden hätte, zur Annahme empfohlen wollte:

„Die am heutigen Tage stattfindende Bädergesellen-Versammlung verbirgt sich endgültig die Einsetzung der Gelben in Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Breslauer Bädergesellen.

Sie erblickt im gelben Bunde eine non den Bädermeistern und Konditoren gesuchte und mit Geltung ausgestaltete Vereinigung, welche für die gesamte Gesellschaft als größter Schädling angesehen wird.

Die Breslauer Bädergesellen könnten erkennen, in der freien Gewerkschaft, dem Deutz, ihre Interessenvertretung und legt auch in Zukunft die Regelung der Lohn- und Arbeitsverträge in dessen Hände.

Die gesamte Breslauer Bädergesellschaft gesetzt aber, mit allen Kräften für den weiteren Ausbau der Gewerkschaft zu erarbeiten, bis der letzte Bädergeselle in diesen Reihen steht.“

Die Lichtbildvorführung über die Textilindustrie vom Deutschen Textilarbeiterverband im Kleinen Saal des Gewerkschaftshauses findet bestimmt am Freitag, den 27. November, abends 7½ Uhr statt. Es wird dringend gebeten, die Eintrittskarten sich vorher zu beschaffen, da für die Kinder der Abendbesucher am Nachmittag 4½ Uhr eine Lichtbildvorführung unentgeltlich veranstaltet wird. Der Ausweis für die Kinder ist an der Eintrittstafel des Abendbesuchers anhängend und muss abgetrennt und den Kindern mitgegeben werden. Kinder, die ohne Ausweis erscheinen, werden nicht zugelassen. Damit die Rühe nicht gestört wird, werden nur Kinder über 6 Jahre zugelassen. Für die Kinder werden Märchen und Ländschaften vorgeführt. Eintrittskarten sind im Verbandsbüro des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Margaretenstraße 17, Zimmer 71, zum Preise von 35 Pf. für die Abendbesucher zu haben. Das Büro ist zu diesem Zweck am Donnerstag von 9 bis 1 Uhr und 4 bis 7 Uhr geöffnet. Freitags ist noch Vorverkauf von 9 bis 1 Uhr und dann von 4 Uhr nachmittags bis 4½ Uhr. Abendbesucher, die die Eintrittskasse erst an der Abendfeste lösen, ist die Möglichkeit zu unentgeltlichen Vorstellung für ihre Kinder oder Geschwister am Nachmittag verwirkt und wird daher nochmals um rechtzeitige Bezahlung der Eintrittskarte gebeten.

Die Fragen der internationalen Wanderung in ihrem gegenwärtigen Stadium.

Die letzten Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamtes über die internationale Wanderungsbewegungen zeigen, in welcher Weise sich die fast allgemeine Depression in der Weltwirtschaft auf den internationalen Arbeitsmarkt auswirkt. In vielen Ländern ist ein Überschuss an Arbeitslosen vorhanden, denn nur eine geringe Aufnahmefähigkeit der Arbeitsmärkte anderer Länder gegenübersteht. Das Streben, Angebot und Nachfrage auf dem nationalen Arbeitsmarkt ins Gleichgewicht zu bringen, beziehungsweise im Gleichgewicht zu halten, hat eine Anzahl von Ländern zu Einwanderungsbeschränkungen geführt. In Österreich, wo trotz des Vorhandenseins großer Arbeitslosigkeit noch 1924 die Einwanderung überwog, liegt dem Parlament ein Entwurf eines „Inlandsarbeiterauszugs“ vor, welches die Beschäftigung fremdländischer Arbeiter von besonderer Erwerbsart auf dem nationalen Arbeitsmarkt absängt. Für solche Erwerbsart ist das Einwanderungsamt zuständig, das von Industriekommissionen und von den Behörden der einzelnen Distrikte beraten wird. Das Arbeitsmarktleid der Einwanderungsländer besteht darin, den einzelnen Berufszweigen im rechten Ausmaß (1) Arbeitskräfte zuzuführen. So erfordert der in verschiedenen Ländern vorhandene Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitern, erstmals, dass die Grenzen geöffnet werden für landwirtschaftlich geschulte Kräfte, zweitens, dass innerhalb des Landes die Abwanderung dieser neu vorhenden Arbeiter in die Städte verhindert wird. So kann nach der neuesten Gesetzung in Rumänien ebenso wie in Ungarn der Arbeitsminister die Zuwendung fremder Arbeiter zu bestimmten Berufen je nach der Arbeitsmarktlage beschränken oder unterlassen. In Deutschland dürfen ausländische Arbeiter nur dann ihren Beruf wechseln, wenn sie vom Arbeitgeber oder vom zuständigen Arbeitsnachweis eine Befreiung darüber haben, dass ihrer anderweitigen Beschäftigung kein Hindernis im Wege steht. In Frankreich soll sich der im April gebildete nationale Arbeitsrat mit dieser Frage befassen. Man versucht jetzt in Frankreich, durch gleichermaßen zu befriedigen, dass zum Beispiel für Arbeiter aus Portugal der französische Nationalrat die Arbeitsvermittlung übernimmt. Was die Antragsprüfungen und die offiziellen Untersuchungen der Auswanderer anbelangt, so gehen die Vereinigten Staaten neuerdings dazu über, dass Untersuchungen schon im Heimatland der Auswanderer vorzunehmen, um eine Rückwendung der abgewiesenen Einwanderer zu verhindern. Einwanderungsbehörden gewähren zur Zeit nur ganz wenige Staaten. Frankreich zum Beispiel hat zur besseren Regelung der Einwanderung aus Österreich einen Vertreter nach Österreich entsandt, der die Anwerbung und Überführung österreichischer Arbeiter nach Frankreich regelt. Russland, das landwirtschaftliche Arbeiter zur Einrichtung von Nutzwerken nutzt, stellt landwirtschaftlichen Immigranten Land zur Verfügung. In Argentinien wird neuerdings eine ebendahin zielende Regierung fürstworfen. In Panama ist der Plan einer Unterföhrung der Ansiedlung von Deutschen durch Kapitalvorschüsse und Landbezeichnungen ausgezogen.

Arbeitsrechtliche Tagesfragen.

Arbeitsrechtliches der Arbeitgeber wegen verschuldeten Zeiträums des Betriebsrats.

Arbeitnehmer können bei Kündigung unter gewissen Voraussetzungen, namentlich, wenn urkundliche Härte vorliegt, binnen einer Stunde Gruppen, oder falls dieser nicht leicht, beim ersten Einspruch erheben. Erachtet die Betriebsverwaltung die Kündigung für begründet, so versucht sie durch Erhöhung der Entschädigung für die Kündigung, die sie ihm gleichzeitig (§ 89) auferlegte Pflicht zur Bedienung eines Befreiungsbuches nicht erfüllt hat. Hat er diese Unterlassung verhindert, so nach einer Entscheidung des Gewerkegerichts Köln vom April 1925 (Betriebsrat in der Holzindustrie 1925, S. 23) Arbeitnehmer, ich habe es so pflichtig, dass man nicht kann, dass er nicht nur Einspruch gegen die Kündigung einlegt, sondern dass auch sein Einspruch oder die erneute Befreiung des Arbeitgebers geahndet hätte, die Kündigung unter den gegebenen Umständen als ungerechtfertigt bestellt werden wäre.

2. Das Erfüllervertrag der Angestellten.

Die Rechte der Arbeitnehmer an ihren Erfüllungen sind noch immer nicht geistlich geregelt. Die Rechtsprechung ist über dreißig Jahren auf diesem Gebiete gewisse Blätter herausgekommen, die die wesentlichen Fragen gefüllt haben lassen. Hat der Arbeitnehmer eine sogenannte Dienstzeitfestsetzung gemacht, die, sei es nach den Absichten des Betriebes oder dem Prüfungskreis getroffen, so hat der Arbeitgeber ebenfalls eine entsprechende Erfüllung zu erbringen. Aber der Arbeitgeber muss bestimmt, dass die Erfüllung während des Aufenthaltsverhältnisses des Einzelten, im Rahmen der Dienstzeitfestsetzung, nicht fortgesetzt werden darf. Zuletzt ist die Erfüllung aus Gründen der Sicherheit von mehreren Arbeitnehmern gemeinsam zu erbringen (Betriebsvertrag), so hat ebenfalls der Arbeitgeber Anspruch darauf. Alle anderen Erfüllungen, also die weder dem Prüfungskreis der Arbeitnehmer gehören, durch die Betriebsverhältnisse bedingt sind, stehen als sogenannte freie Erfüllungen den erforderlichen Arbeitnehmern zu.

3. Die Friedensauflage in Tarifverträgen.

In jedem Tarifvertrag ist beurkundet worden, ohne weiteres

die allgemeine Friedenspflicht enthalten. Sie verpflichtet

die Parteien des Tarifvertrages, während der Tarifdauer wegen der

die im Tarifvertrag behandelten sind, keine Kampfmag-

Stadt-Theater
Donnerstag, 8 Uhr:
„Hoffmanns
Graüungen.“
Freitag, 8 Uhr:
„Tosca.“
Samstag, 7½ Uhr:
„Frühstücksmahl.“

Gemeindetheater
Lobethaler
Dienstag, 8. Tel. N. 6774
Donnerstag, 23. Nov., 8 Uhr:
Freitag, 24. Nov., 8 Uhr:
„Die grüne Flöte.“
Ankündigung:
Buchst. 700 verhindert
Thaliatheater
Schwerin, 3. Tel. N. 6700
Donnerstag, 26. Nov., 8 Uhr:
Freitag, 27. Nov., 8 Uhr:
„Sabine und Siebe.“

Schauspielhaus
Operettentheater
Tel. Stephan 37480.
Jed. 8 Uhr: 30 Pf.
Gärtner Spiel E. Leux
Münzen Walter Jenkun
In neuer Ausstattung.

Der Orlo.
Montag, nachm. 3½ Uhr:
Kindertheater
100. Mal

Mädi.
Schick
Theater

Tel. Stephan 34646.
Anfang 3 Uhr!

Die letzten Vorstellungen
des großen
November-Programms.

gerne niedrige Eintritts-
preise von 1.— Mk. an.
1. B. Parkett 3.— Mk.

Klein Laden! Nur 2. Etage!
Durch Ersparnis der
teuren Ladenmiete sind
wir in der Lage, unsere
Waren besonders
billig abzugeben:

Einhwesien
herliche Farben
11.— 9.— 7.— 4.50

2 weiße Bettbezüge
mit 4 Kissen
pa. Lino. best. 22.00

Deckbettbezüge 5.50
pa. Lino u. bunt 5.50

Büttcher
grina Ware, 3.25
an 1 fertiges Inlett 8.00
säurefrei

Futterhosen
woch u. mollig 2.95
gefüttert 3.50 2.95

Wir empfehlen, Ihre
Weimachtseinkäufe
sich jetzt vorzunehmen
Auch legen wir jetzt
fiktive Waren gegen
Anzahlung bis Weih-
nachten gern zurück.

Mannberg
Rouschestr. 1, 2. Etg.
Eingang Herrenstraße
Gratis-Zugaben
bei jedem Einkauf!
in Laden! Nur 2. Etage!

Nanarien
verlaut
billig
zum Teilzahlung
pa. Lino, Schrauerstr. 24

Sparen viel Geld
wenn Sie Ihre 5201
Kleider-Bekleidung
auf Teilzahlung
setzt in der Fabrik kaufen.

Rob. Hänel
Seidenfabrik
Fremdstr. 3, 1. Stock

22
an
22
an
22
an

Breslauer Weihnachts-Anzeiger

Kein Laden! 3. Etage

Große Geldersparnis!
Damen-Konfektion direkt ab Fabrik.

Entzückende Neuerungen in
Paletois u. Kostümen

In schönen, modernen Stoffen
am beliebtesten billigen Preisen:
Paletois in dicken Winterstoffen . . . von 9.75 an
Astrachan-Mäntel, 125 cm lang . . . von 25.00 an
Kinder-Paletois . . . von 6.00 an
Astrachan-Mäntel, ganz auf warm. Futter, 125 cm lang . . . von 36.00 an
Seal-Pfirsichmäntel, elegant . . . von 69.00 an

Wohl & Alexander
Damen- u. Mädchenmäntelfabrik

Am Rathaus 25, III. (Eingang Topfkram). Erstes Haus rechts von Henel-Fuchs.

20% Rabatt!

Filz-Hüte von 3.00 Mk. an

Velour-Hüte von 9.00 Mk. an

Samt-Hüte von 4.50 Mk. an

Pelz-Hüte von 10.00 Mk. an

S. Weissenberg
Spezialhaus für Damenputz
Schmiedebrücke 14., parterre und 1. Etage.

Eum fest! empfehle
Woll-, Weiß- und Strumpfwaren
Wäsche: Trikotagen
Schürzen: Handschuhe
Herrenartikel

C. A. Reinelt Klosterstraße 9

Praktische Weihnachts-Geschenke

Gute Qualitäten — Große Auswahl
Wäsche Trikotagen Strümpfe

für Damen, Herren und Kinder

Georg Schöneich Frankfurter Straße 115.

Ein passendes Weihnachtsgeschenk finden Sie billigst bei

L. Brückhammer Gräbscheer Straße 129

Wäsche, Trikotagen, Wollwaren, Handschuhe sowie Handarbeiten usw.

Paul Rüdiger Herzogstraße 23

empfiehlt sein reichliches Lager in

Gold- und Silberwaren sowie

Kostüme als beste Festgewänder

Modernste Sprechapparate

Neueste Schallplatten in großer Auswahl

Mandolinen * Gitarren * Lauten.

Violinen * Zithern * Wiener Ziehharmonikas

Bandonions * Trommeln usw.

kauft man am besten und preiswert im

Musikhaus Melzer BRESLAU 36

Friedrich-Wilhelm-Straße

36

Nur Friedrich-Wilhelm-Straße 52

Der Verzehrer der Zeitung erhält 5% Rabatt.

in größter Auswahl

W. Arnold, Drechslermeister

Sandstraße 18

Praktische Weihnachtsgeschenke

Tabakpfeifen * Kämme

Spazierstöcke, Follettenartikel

Schach- und Dominospiele.

Kauft man am besten und billigst bei

Emil Kämpf Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 84

In meinem gut sortierten Lager

finden Sie eine reiche Auswahl

in praktischen Weihnachts-Geschenken.

Schlüsse für Herren, Damen u. Kinder, Krawatten, Herrenwäsche sowie sämtl. Herren-Artikel.

Nur gutes Fabrikat! Stets Neuheiten!

Bekannt reelle Bedienung.

Paul Plunke

Friedrich-Wilhelm-Straße 38. Bitte auf die Firma zu achten.

38 In meinem gut sortierten Lager

finden Sie eine reiche Auswahl

in praktischen Weihnachts-Geschenken.

Schlüsse für Herren, Damen u. Kinder, Krawatten, Herrenwäsche sowie sämtl. Herren-Artikel.

Nur gutes Fabrikat! Stets Neuheiten!

Bekannt reelle Bedienung.

Curt Knappe

Breslau 6, Alsenstraße 25.

Beachten Sie bitte meine Ausstellung

Anderssenstr. 23. — Zahlungs erleichterungen.

Versand nach auswärts franko.

Musik-Instrumente

Sprechapparate, Schallplatten

Violinen, alte und neue

Lauten, Gitarren, Ital. Mandoline usw.

Beste Bedienung! Billige Preise!

Musikhaus Liedecke

Breslau 1, Stockgasse 3

Nähe Ring. Fernruf Ring 8039

Albert v. Taschitzki Nachf.

Breslau 8, Klosterstr. 75

Haus- und Küchen-Solinger Stahlwaren

Wäschemangel * Wasch- u. Wringmaschinen

Schlüsselschneide * Rodelschlitzen * Ski usw.

Es ist eine bekannte Tatsache

dass die beste Ware die billigste ist.

Deshalb

STRÜMPFE MIT DER FORELLE

HUGO NEUMANN

Friedr.-Wilh.-Str. 61 Frankfurter Str. 117

Nähmaschinen

Fahrräder

Ständige Auswahl von 150 Maschinen.

Billigste Preise 30—50 Mk. Anzahlung.

Kusch Sonnenstr. 38

Schmiedebrücke 20a

Ecke Ursulinenstraße

38

Beste Qualität! 38

billigste Preise! 38

Beste Qualität! 38

billigste Preise